

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/214

Bonn, den 11. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Jüngere Wähler - jüngere Parteien? 52

Willy Brandt: "Die Jugend mißt das, was heute ist, nicht mit dem Maßstab dessen, was war, sondern an dem, was sein könnte"

Von Joachim M Raffert, MdB

2a Die Wahrheit setzte sich durch 49

Der 9. November 1918 im Urteil der Geschichte

3 - 4 72 Prozent mit Kühn einverstanden 67

Zum Ergebnis einer Meinungsumfrage in Nordrhein-Westfalen

5 - 6 Politik und Fernsehen 72

Eine Debatte, die leicht hätte ins Auge gehen können

Von Hans Joachim Werbbe, London

\*

\*

\*

### Jüngere Wähler - jüngere Parteien ?

Willy Brandt: "Die Jugend mißt das, was heute ist, nicht mit dem Maßstab dessen, was war, sondern an dem, was sein könnte"

Von Joachim M. Raffert, MdB

Die Rebellion der Jugend auf der ganzen Erde enthülle eine einfache Wahrheit, sagte Willy Brandt in seiner Rede vor der Bildungs- und Erziehungsorganisation der Vereinten Nationen, der UNESCO, in Paris: Die Jugend messe das, was heute ist, nicht mit dem Maßstab dessen, was war, sondern an dem, was sein könne. Und wörtlich sagte der Bundesaußenminister: "Wir müssen uns der Herausforderung stellen, mit der Bereitschaft, hinzuzulernen."

Ob die Parteien in der Bundesrepublik dazu fähig sind und ob es ihnen gelingen wird, das den jungen Menschen in unserem Lande klar zu machen, werden sie bald auch von jungen Wählern überprüfen lassen können - wenn die in der vergangenen Woche gefaßten Beschlüsse zur Herabsetzung des Wahlalters nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Partei Vorstand und Parteirat haben am 2. November die Absicht der SPD bekundet, das aktive Wahlrecht künftig vom 18., das passive vom 21. Lebensjahr an ausüben zu lassen. Der CDU-Parteitag zog kurz darauf nach: 18 Jahre aktiv, 23 Jahre passiv - so lauten seine Zieldaten. Auch bei der FDP gibt es kaum Einwände gegen die Zulassung von drei jüngeren Jahrgängen zu den Wahlen.

Noch ist Zeit genug, diese erklärten Absichten der Parteien so rechtzeitig in Gesetzesform zu bringen, daß der Bundestag schon im Herbst 1969 zum erstenmal auch von 18-, 19- und 20-Jährigen gewählt werden kann. Wenn die Bundesregierung nicht von sich aus aktiv wird, müßten die Fraktionen des Bundestages einzeln, zu zweit oder am besten zu dritt einen Initiativentwurf einbringen, um das noch zu erreichen. Das Gesetzgebungsverfahren würde dadurch sogar abgekürzt werden.

Die Argumente für und wider diese, im Labour-regierten England

Kürzlich schon beschlossene Verjüngung der Wähler sind in den letzten Monaten zu oft vorgetragen worden, als daß sie wiederholt werden müßten. Eins aber ist jetzt deutlicher zu erkennen als zuvor: Mit der Herabsetzung des Wahlalters muß und wird das aktive Interesse der Parteien an den Problemen der Jugend steigen. Das wird sich in Aktivitäten im Parlament, auf Formulierungen der Wahlplattformen, aber auch bei Maßnahmen der Parteiorganisationen auswirken.

Daß Brandt recht hat, wenn er feststellt, die Jugend leite ihre Sicht der Gegenwarts- und Zukunftsprobleme nicht aus historischen Erfahrungen ab, hat sich bisher nicht allgemein herumgesprochen. Zu gern wird noch auf Leistungen beim Wiederaufbau oder auf Anstrengungen bei der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens nach 1945 hingewiesen, wenn mit Jugendlichen diskutiert, um sie gewonnen wird. Daß junge Menschen Parteien und Politiker nach dem beurteilen, was sie heute tun, und daran, was sie sich davon für ihre Welt von morgen versprechen, mag unbequem sein, muß aber akzeptiert werden.

Um das zu sehen und die Konsequenzen daraus ziehen zu können, müssen sich die Parteien selbst verjüngen. Ein 40-jähriger Funktionär der Jungen Union, ein 35-jähriger Vorsitzender einer Jungsozialistengruppe ist in den Augen der 18-Jährigen wenn nicht gar ein "Opa", so jedenfalls ein "älterer Herr". Es gibt keine Generationsnähe zwischen denen, die zur Zeit noch im "Ring politischer Jugend" führend sind und denen, die jetzt von den Parteien angesprochen werden müssen. Der Herabsetzung des Wahlalters wird also eine Herabsetzung des Höchstalters bei der Jungen Union, den Jungdemokraten und den Jungsozialisten folgen oder besser noch vorangehen müssen.

Eine entsprechende Empfehlung hat der Parteirat der SPD bereits ausgesprochen. Der Vorstand wird sie in Beschlußform umzumünzen haben. Die für "Jugendarbeit" zu alt Gewordenen können in die Parteiarbeit integriert werden und so die aktiven Gruppen dort auffrischen. Die dann vielleicht mit den 25-Jährigen endende Mitwirkung in den jungen Gruppen der Parteien würde sich in Form und Inhalt zwangsläufig zu ändern haben. Das wird zwar neue "Unruhe" bedeuten - aber gewiß keine, die durch das krampfhaft Aufrechterhalten gewohnter Altersgruppierungen in den Parteien abgewehrt werden darf. Nur jüngere Parteien können für jüngere Wähler attraktiv sein.

## Die Wahrheit setzte sich durch

---

Der 9. November 1918 im Urteil der Geschichte

sp - Oft braucht die Wahrheit einen langen Atem, um sich durchzusetzen. Über den 9. November 1918 ist in diesen Tagen viel geschrieben und gesprochen worden. Politiker und Historiker, darunter auch Akteure des damaligen aufrüttelnden Geschehens deckten die Ursachen auf, die zum Sturz des wilhelminischen Kaiserreichs und zur Gründung der ersten deutschen Republik führten. Deutschland drohte 1918 nach dem verlorenen Weltkrieg in Chaos und Anarchie zu versinken, die Menschen hungerten und froren, bürgerkriegsartige Zustände zeichneten sich ab und die Verzweiflung saß tief im Herzen des Volkes. Wilhelm K a i s e r, der ehrwürdige Patriarch der Bremer Sozialdemokratie, nannte in seiner Godesberger Gedenkansprache jene Jahre die bittersten seines Lebens.

Inmittelbar nach dem 9. November 1918 tauchte in unserem Volk das schreckliche Wort von den "Novemberverbrechern" auf, geprägt von kaiserlichen Generälen und Fanatikern, die ein gerütteltes Maß an Schuld auf sich geladen hatten. Gemeint waren jene Männer, die in der Stunde der höchsten Not, als die herrschenden Gewalten schmachlich versagten und das Volk noch weiter belügen wollten, sich an die Spitze des führungswidrigen Reiches stellten und durch ihr beispielloses Wirken dem drohenden Zerfall von Staat und Volk Einhalt geboten. Als Kaiser und Könige versagten, handelte der aus dem Arbeiterstand stammende Friedrich E b e r t, der Nachfolger August Bebels in der Sozialdemokratie, wie ein König. Es gelang ihm unter heute kaum vorstellbaren Schwierigkeiten und Gefahren, das am Boden liegende Reich zusammenzuhalten und ihm eine demokratische Verfassung zu geben, die lange als die freiheitlichste Verfassung der Welt galt. War dies nicht eine wahrhaft königliche Leistung?

Das Stichwort von den "Novemberverbrechern" vergiftete in der Weimarer Zeit unser Volk und trug nicht wenig zum Sturz der Weimarer Republik bei. Die damaligen gesellschaftlich dominierenden Schichten wußten den Männern des 9. November keinen Dank, ja, sie begeisterten sie mit geradezu manischem Haß, sie trieben einen Friedrich Ebert in den vorzeitigen Tod. Die deutsche Sozialdemokratie wurde verfeindet, ihre der Erhaltung der Republik dienende Politik galt als "Verrat". Bitter sollte unser Volk und die Welt für diese Verblendung büßen.

Heute nach 50 Jahren gibt es in der Sicht des objektiven Beurteilers und Historikers keine "Novemberverbrecher" mehr. Jene Männer, die damals Deutschland retteten, es vor dem Bolschewismus bewahrten, handelten als Demokraten und deutsche Patrioten, sie schufen die Grundlage für ein erneuertes Staatswesen, auf dem wir nach dem zweiten Zusammenbruch 1945 im freien Teil Deutschlands aufbauen konnten. Das "Dritte Reich" blieb, geschichtlich gesehen, eine wenn auch schauerliche Episode. Heute erhalten die Männer des 9. November Dank und Würdigung, die ihnen in den zwanziger Jahren versagt blieben. In der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts gebührt ihnen mit der erste Rang, eben als Demokraten und Patrioten. Die Kraft und das Leuchtfeuer der Wahrheit brachen sich im geschichtlichen Bewußtsein unseres Volkes Bahn; keine Gewalt mehr kann diese Wahrheit verdunkeln oder auslöschen.

### 72 Prozent mit Kühn einverstanden

Zum Ergebnis einer Meinungsumfrage in Nordrhein-Westfalen

kr - Immerhin 72 Prozent von 2 103 Personen, die im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) bei einer Repräsentativerhebung im September und Oktober 1968 befragt wurden, antworteten auf die Frage, "ob sie mit der Politik des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn im großen und ganzen einverstanden seien", mit einem Ja. 10 Prozent waren nicht einverstanden, während 18 Prozent keine Angaben machten.

Dieses repräsentative Befragungsergebnis ist um so bestechender, weil seit Übernahme der Regierungsgeschäfte in Düsseldorf durch eine SPD/FDP-Koalition noch nicht einmal zwei Jahre ins bevölkerungsreichste Bundesland gegangen sind. Die erfolgreiche Arbeit der Regierung Kühn spiegelt sich nicht nur in der Infas-Erhebung, sondern überall zwischen Rhein und Weser wieder: Allein die Tatsache wiegt schon schwer, daß die SPD/FDP-Koalition Ende 1966 riesige Haldenberge im Steinkohlenbergbau übernahm, wogegen von den Kohlenzechen Ende Oktober 1968 bereits wieder annähernd 5 000 Arbeitskräfte gesucht wurden.

### 69 Prozent sind insgesamt zufrieden

Drei "Noten" "sehr zufrieden", "zufrieden" oder "weniger zufrieden" hatten die von Infas befragten Bürger des Landes bei ihrem Urteil über die summarische Regierungsarbeit zu vergeben. Insgesamt 76 Prozent (7 Prozent "sehr zufrieden" und 69 Prozent "zufrieden") stimmten der Politik der Landesregierung NRWs zu, während sich nur 10 Prozent als "weniger zufrieden" erklärten und 14 Prozent keine Angaben machten.

Analog hierzu lautete die erste Frage:

- \* "Hat ihrer Meinung nach die Regierung bei der Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen bisher viel erreicht, etwas erreicht oder wenig erreicht?"

Die Antworten lauteten: 22 Prozent "viel erreicht" und 57 Prozent "etwas erreicht", aber nur 12 Prozent "wenig erreicht" und 14 Prozent "keine Angaben". In der Addition heißt das also, daß 79 Prozent der Befragten durchaus von der wichtigsten regierungsamtlichen Konzeption überzeugt sind. Diese gipfelte vor allem in einem Wirtschaftsprogramm, das schon Mitte 1968 als "im wesentlichen erfüllt" bezeichnet werden

konnte. Zur gleichen Zeit waren in NRW 169 670 offene Stellen gegenüber 73 102 Arbeitslosen gemeldet.

Die Ergebnisse der weiteren Befragung (in der Rangstufe der wichtigsten Aufgaben, die sich Kühn und seine Minister stellten) entsprechen ebenfalls der politischen Realität in Nordrhein-Westfalen.

So meinten 20 Prozent, daß bei der Schulreform "viel" und 46 Prozent, daß "etwas erreicht" worden sei, was angesichts mancher Kriterien bei der 1968 stattgefundenen Einführung der Hauptschule ein unbedingtes Positivum ist. Denn immerhin brachte die Schulreform in NRW einschneidende Veränderungen von weittragender Bedeutung. Ohne die Bereitschaft der Eltern und Lehrer, die bildungspolitischen Vorurteile einer solchen Abkehr von traditionellen Gewohnheiten nutzen zu wollen, hätte sich das Land auf bildungspolitischem Gebiet nicht an die Spitze der progressivsten Bundesländer stellen können.

Angesichts der vielen Diskussionen über die Verwaltungsreform, welche die Regierung Kühn als dritten wichtigen Abschnitt in Angriff zu nehmen versprach, mag das Infas-Resultat ferner eine Bestätigung für den hierbei beschrittenen Weg sein. 6 Prozent antworteten, daß auf diesem problematischen Sektor "viel", und 26 Prozent, daß "etwas erreicht" worden sei.

#### Wieder Hoffnung geschöpft

41 Prozent der Befragten vertraten die Meinung, daß sich "die Landesregierung mit ihrer Ausgabenpolitik der wirtschaftlichen Lage entsprechend verhält". Nur 18 Prozent antworteten hier mit "nicht entsprechend", während 34 Prozent keine Antwort wußten und 7 Prozent keine Angabe machten.

33 Prozent sind indessen voller Hoffnung, daß "sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in NRW in den kommenden Jahren verbessern werden". 43 Prozent der Befragten meinten, daß die Verhältnisse "gleich bleiben". Nur 8 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage; der Rest hatte sich darüber keine Gedanken gemacht oder verzichtete auf nähere Angaben. - Dieses Teilresultat sollte als das bedeutendste von allen betrachtet werden: Es drückt die Hoffnung aus, welche die Menschen zwischen Rhein und Weser nach Jahren des Niederganges in Nordrhein-Westfalen wieder gewannen. Das Ergebnis unterstreicht ferner eindeutig die Erwartungen, die in die Regierung Kühn gesetzt werden.

### Politik und Fernsehen

Eine Debatte, die leicht hätte ins Auge gehen können

Von Hans Joachim Werbke, London

Mit der waghalsigen Formulierung "Rundfunk ist zu wichtig, als daß er den Rundfunkleuten überlassen werden kann", eröffnete der britische Technikminister Tony Wedgwood Benn ohne Vorwarnung und im Alleingang in seinem Bristoler Wahlkreis eine öffentliche Debatte über das Medium Fernsehen. Es hatte ihn, den ehemaligen Vorsitzenden des Funkausschusses der Labourparty, nicht ruhen lassen, daß sein älterer und dienstälterer Kabinettskollege Richard ("Dick") Crossmann in einer Vorlesung zu diesem Thema Stellung nehmen wollte. Benn preschte vor, rügte die "Oberflächlichkeit", die "Sensationsmache", die "Personifizierung der Politik" und wünschte eine größere "Zugänglichkeit" des Mediums für wichtige Minderheiten. Seine keineswegs in allen Punkten unverständige Kritik störte sogleich ein Wespennest auf. In England ist die Öffentlichkeit sehr wachsam, wenn es der "guten alten Tante" BBC an den Kragen gehen soll. Und die Benn'schen Bemerkungen, vorwiegend an die BBC gerichtet, konnten den Eindruck erwecken, die Labourregierung führe etwas im Schilde. Zumal, da sich die Benn-Ansprache zeitlich fast mit dem Crossmann-Vortrag überschneidet.

Crossmann tat sein Möglichstes, den unangenehmen Eindruck zu verwischen. Er setzte sich für Fernsehübertragungen aus Parlament, Plenum und Ausschusssitzungen ein, für "in die Tiefe gehende" Interviews, für einen Anteil politischer Sendungen im Programm, vergleichbar dem Platz, der Pferderennen, Cricketspiel und Fußball eingeräumt wird. Er sah durchaus, daß mit dem vom kommerziellen Fernsehen ausgelösten Wettbewerb der "erzieherische Einfluß der BBC" aus den Gründungsjahren vorüber sei und daß der Wettbewerb zwischen dem geldmachenden sogenannten Unabhängigen Fernsehen und dem Öffentlichen Dienst der staatsunabhängigen British Broadcasting Corporation die dem Medium "Fernsehen" innewohnende "Trivialisierung" fördere. Ihm lag jedoch daran, daß mit einer besseren Programmbalance das Interesse und die Teilnahme der politischen Aktivisten wachgehalten werden.

Im Unterhaus gab es ein Nachspiel in der letzten Fragestunde des Premierministers. Konservative Abgeordnete glaubten, Harold Wilson wolle sein Mütchen an der BBC kühlen, die er gelegentlich mit spitzen Bemerkungen behandelt. Aber Wilson verteidigte sich, er führe keinen Rache-

feldzug gegen die BBC. Lediglich habe er sich vor den Unterhauswahlen von 1966 geweigert, an einem BBC-Programm teilzunehmen (ein Recht, das übrigens jedem zustehe), weil er herausgefunden hatte, daß die BBC die Form bestimmter Wahlendungen mit den Konservativen schon abgesprochen hatte, zwei Tage bevor sie an ihn, den Premierminister, herangetreten sei.

Fürs erste sind nun wohl die Akten zu dem Thema "Politik und Fernsehen" wieder geschlossen. Oppositionelle Tories, die wähten, hier Wahlkampfmunition sammeln zu können, sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht. Eine Fortsetzung der Attacken auf die Lieblingsunterhaltungsmaschine des Volks hätte den mit dem Modebegriff "Partizipation" eifrig jonglierenden Labourpolitikern beim kommenden Gang zur Urne keinen Schaden bereitet. Die Menschen hierzulande sind ja nicht die Politik leid, sondern die Parteipolitik, die ihnen keine Unterscheidung mehr erlaubt zwischen der einen oder der anderen Partei. (Nur die Flügel gestatten sich den Luxus ausgesprochener Alternativen: Die Linke verweilt auf den unirdischen Gefilden des Idealismus, die Rechte versteift sich in eine böckbeinige reaktionäre Haltung.) Hätte sich das Unterhaus nicht um die Entscheidung herumgedrückt, die Fernsehkameras zu den Sitzungen zuzulassen, dann könnten längst schon viel mehr Menschen an den Vorgängen in Westminster teilnehmen. Das gute alte "Dampfradio" sendet zumindest in Form eines Protokolls täglich eine Viertelstunde "Gestern im Parlament". Das Fernsehen muß sich mit Interviews und Berichten und Kommentaren in der Reihe "Westminster am Werk" oder in Magazinsendungen begnügen.

Die Probeaufnahmen von Sitzungen im Unter- wie im Oberhaus fanden keine Gnade vor den Parlamentariern. Es wurde unter anderem bemängelt, "die Club-Atmosphäre des Hauses" würde zerstört. Ein Parlament, das in der Tat sich seines Club-Charakters zu entledigen nicht entschlossen erscheint, hat kein Recht, seine Minister an einem Medium mäkeln zu lassen, dessen Wirkung auf die Zukunft noch viel zu wenig erforscht ist. Vielleicht neiden die Starpolitiker den journalistischen Fernsehstars den bei zentral gesteuerten Funk- und Fernsehkanalstellen unvermeidlichen Umstand, daß diese im Bewußtsein des Publikums gegenwärtig sind, aber dann sollten sie ihre verletzte Eitelkeit nicht hinter feingedrechselten Reden verbergen. Und schon gar nicht sollen sie das Medium herabzusetzen versuchen, das der Politik frisches Interesse und den Zeitungen intensivere Leser zuführt.